

85 Hausaufgaben für das Rathaus

Berliner Büro legt Organisationsgutachten mit Optimierungsvorschlägen vor

Von Frank Höfer

RENSBURG Vier Monate stand das Rathaus unter besonderer Beobachtung. Von März bis Juni wurden alle Führungskräfte und Mitarbeiter für ein Organisationsgutachten befragt – 170 Personen. Jetzt liegt der 380 Seiten starke Bericht vor. Er ist eine Art Masterplan zur Ver-



„Ein hilfreiches Gutachten, das mit Vorurteilen aufräumt, aber auch Herausforderungen formuliert.“

Pierre Gilgenast
Bürgermeister

besserung der Rendsburger Verwaltung – und mündet in 85 Vorschlägen. Von „Arbeitsklima in der gesamten Stadtverwaltung fördern“ bis „Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung inhaltlich verzahnen“. Über die mögliche Umsetzung in den kommenden Jahren soll nun die Politik mitentscheiden.

Die knapp 100.000 Euro teure Analyse stammt von der Organisations- und Managementberatung (OMP) in Berlin. Das vom Kommunalexperten Achim Poppelreuther verfasste Gutachten, das auf Drängen der CDU in Auftrag gegeben worden war, beschäftigt sich mit Ressourcen, Strukturen, Personal, Service, Kommunikation und Arbeitsklima im Amt am Stadtsee. Am Montag wur-

den die Ergebnisse Mitgliedern des Senats und dem städtischen Personalrat in vertraulicher Runde vorgestellt. Die voraussichtlich öffentliche Beratung soll im Senat am 6. Dezember erfolgen. Eine Power-Point-Präsentation von Poppelreuther und die Liste mit den Optimierungsvorschlägen sind auf www.rensburg.de für jeden einsehbar. Den Gesamtbericht halten die Beteiligten vorerst unter Verschluss.

Eine Forderung, die aus der Expertise herausragt: Die Zahl der Abteilungen im Rathaus muss reduziert werden, um die Arbeitsabläufe zu straffen und Kosten zu sparen. Zu Beginn der Bestandsaufnahme gab es drei Fachbereiche, 15 Fachdienste und vier Zentraldienste. Der Fachbereich I wurde bereits im Oktober umformiert, ein Fachdienstleiterposten entfiel (wir berichteten). Doch aus Sicht von Poppelreuther reicht das nicht aus. Er empfiehlt, den Fachdienst Stadtkasse in das Finanzressort zu integrieren. Auch das Controlling, noch ein eigenständiger Zentraldienst, sollte Teil dieses Bereiches werden. Außerdem legen die Berliner den Verzicht auf einen eigenen Rechtsdienst nahe.

Das Einsparvolumen beziffert Poppelreuther ebenfalls: 12,1 Personalstellen. Einen noch größeren Überhang hatte der Landesrechnungshof (LRH) ermittelt. Er verglich 2016 die Rendsburger Verwaltung mit denen in

Schleswig, Heide, Husum und Eckernförde. Ergebnis damals: 22 Stellen seien zu viel. Eine Zahl, über die heftig diskutiert wurde und die dazu beitrug, das vertiefende Gutachten anzufordern.

Bürgermeister Pierre Gilgenast sprach gestern von einem „richtig guten Gutachten, das mit Vorurteilen aufräumt, aber auch Herausforderungen formuliert.“ Die vom LRH genannte Zahl 22 „ist damit definitiv vom Tisch“. CDU-Ratsherr Klaus Brunkert, der sich für das Gutachten eingesetzt hatte, nannte es „eine sehr sinnvolle und hilfreiche Darstellung, um die Personalplanung fort-



„Eine hilfreiche Darstellung, um die Personalplanung fortzuschreiben und zu optimieren.“

Klaus Brunkert
CDU-Ratsherr

zuschreiben und zu optimieren.“ Das Gutachten sei viel aussagefähiger als die pauschalen Stellungnahmen des Landesrechnungshofs.

Die Personalratsvorsitzende Janina Müller teilte mit: „Der Personalrat ist an dem Verfahren der Organisationsuntersuchung beteiligt gewesen. Für die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Organisationsgutachten ist nun der Bürgermeister in Zusammenarbeit mit den städtischen Gremien zuständig.“